

# **Kommentar und Online-Veranstaltung: Ein Boom in der Krise**

Von Bernhard (ÖFSE). Rohstoffe sind auch hierzulande wieder in den Fokus gerückt, nachdem deren Preise im Zuge der COVID-19 Krise so stark gestiegen sind wie selten zuvor. Länder im Globalen Norden sollte dies auch diesmal nur kurzfristig beschäftigen. Für Länder des Globalen Südens bleiben diese Preisschwankungen jedoch ein essenzielles Risiko für ihre Entwicklung und Armutsreduktion. Entscheidend ist es in diesem Zusammenhang strukturelle Veränderungen an den Rohstoffmärkten zu beachten, nicht zuletzt im Hinblick auf die steigende Bedeutung stabiler Rohstoffpreise für die notwendige sozial-ökologische Transformation unseres Wirtschaftsmodells.

Weiterlesen

**06.12.2021 15:30 – 17:00 Uhr**

Online via Zoom: **Schwankende Rohstoffpreise: Zur Rolle von Rohstoffhändlern und Rohstoffterminbörsen**

Explodierende Preise für Gas, Benzin und Nahrungsmittel offenbaren diesen Herbst eine Tatsache, die bei europäischen KonsumentInnen üblicherweise oft unbemerkt bleibt: Rohstoffpreise sind extremen kurzfristigen Schwankungen unterworfen. Gerade in der COVID-19 Krise sind die Preise der meisten Rohstoffe zunächst eingebrochen, aber seitdem so stark gestiegen wie selten zuvor.

In seiner Keynote präsentiert **Bernhard Tröster (ÖFSE)** wichtige Erkenntnisse: Welche Faktoren sind für Rohstoffpreisschwankungen ausschlaggebend? Welche Veränderungen in der Preisgestaltung im physischen Handel und an Rohstoffterminbörsen gab es in den verschiedenen Rohstoffen? Wie ist die Rolle der großen Rohstoffhändler einzuschätzen? Welche Reformen sind nötig, um Rohstoffpreise zu stabilisieren?

Da viele Rohstoffhändler in der Schweiz ansässig sind, stellt im Anschluss **David Mühlemann** von der Schweizer NGO **Public Eye** die Rolle der Schweiz als Rohstoffdrehscheibe vor.

> Mehr Informationen (Zoom-Link / Anmeldung)

---

## **Online-Gespräch: Kolumbien hinter den Kulissen**

Im Gespräch mit Ulla Ebner (Ö1) zeichnen drei AktivistInnen der kolumbianischen Friedensbewegung auf Einladung des Welthaus ein aktuelles Bild abseits von Medienberichten.

Der kolumbianische Präsident Juan Manuel Santos erhielt 2016 den Friedensnobelpreis für die Beendigung des jahrzehntelangen Bürgerkriegs in seinem Land. Fünf Jahre nach Unterzeichnung des Friedensabkommens ist es aber noch ein weiter Weg, um den sozialen Zusammenhalt wiederherzustellen: Der Friede ist

brüchig: jene, die sich für die Umsetzung des Abkommens auf lokaler Ebene einsetzen, laufen Gefahr ermordet zu werden. Corona und die Ankunft von 1,7 Millionen venezolanischen Flüchtlingen haben das Land weiter destabilisiert. Seit Monaten protestiert vor allem die Jugend in landesweiten Großstreiks für bessere Lebensbedingungen. Gesellschaftliche Gräben tun sich aber auch zunehmend in Europa auf; das Friedensprojekt EU bröckelt. Wie schafft man sozialen Zusammenhalt? Wie bringt man Menschen an einen Tisch, die nichts miteinander zu tun haben wollen? Wie können wir Zukunft gemeinsam gestalten?

Diese Fragen diskutieren Nelson Restrepo, Soziologe, Fabio Alonso, Politikwissenschaftler und Berater in der öffentlichen und lokalen Verwaltung und Luisa Acosta, Historikerin und engagierte Slow-Food Köchin in Kolumbien.

### **Online-Gespräch**

**Mittwoch, 1.12.2021 von 15.30-17.00**

**Infos und Zoom-Anmeldung**

---

# **Online-Veranstaltung und Interviewmöglichkeit: Wie wird Frieden hergestellt?**

5 Jahre Friedensvertrag in Kolumbien. Ist die Gewalt verschwunden? Reicht ein Friedensvertrag, um die Gewalt zu stoppen? Diesen Fragen geht die kolumbianische

**Menschenrechtsverteidigerin Maria Jackeline Rojas Castañeda im Gespräch mit Ulrike Lunacek (Obfrau Frauen\*solidarität) am Mittwoch, 24. November 2021, nach.**

Mehr als 50 Jahre tobte in Kolumbien ein blutiger Konflikt. 220.000 Tote – 80% davon Zivilist\_innen – mehr als sechs Millionen Binnenvertriebene, 25.000 Vermisste, fast 2.000 Massaker: grausame Verbrechen, die von allen Konfliktparteien – rechten Paramilitärs, Drogenkartellen, linken Guerrillas und staatlichen Militärs – seit 1958 verübt wurden. Mehr als die Hälfte aller Opfer sind laut UN Women Colombia Frauen. Doch im November 2016, nach mehr als 5 Jahren zäher Verhandlungen und einem fehlgeschlagenen Referendum, endlich große Euphorie: Ein Friedensvertrag, in dessen Erstellung auch zahlreiche Frauenorganisationen involviert waren, wird am 24. November unterzeichnet, die Hoffnung auf wirklichen Frieden im Land ist endlich da.

5 Jahre danach: Ist die Gewalt verschwunden? Reicht ein Friedensvertrag, um die Gewalt zu stoppen?

Diesen Fragen geht die kolumbianische Menschenrechtsverteidigerin Maria Jackeline Rojas Castañeda im Gespräch mit Ulrike Lunacek (Obfrau Frauen\*solidarität) nach.

**Wann: 24. November, 18:00 – 20:00 Uhr**

**Anmeldung für Zoom-Teilnahme:  
anmeldung@frauensolidaritaet.org (Link wird zugeschickt)**

**Dolmetsch: Spanisch-Deutsch: Gabriele Gallo**

Maria Jackeline Rojas Castañeda war viele Jahre lang Mitarbeiterin der bekannten Organización Femenina Popular in Barrancabermeja, die sich für Frauenrechte und gegen alle

Formen von Gewalt einsetzt, und mit der die Frauen\*solidarität und KFBÖ seit 1985 in Kontakt stehen. Jackeline Rojas ist selbst direktes Opfer des bewaffneten Konflikts in Kolumbien; drei ihrer Familienmitglieder wurden ermordet; sie selbst wurde im Jahr 2000 von den Paramilitärs zur militärischen Zielscheibe erklärt. Sie wurde immer wieder verfolgt, eingeschüchtert und war gezwungen zu übersiedeln, um ihr Leben und das ihrer Familie zu schützen. 2012 wurde sie mit einem Menschenrechtspreis der Europäischen Union ausgezeichnet. 2014 war sie Teil des Friedensprozesses zwischen dem kolumbianischen Staat und der FARC-EP-Guerilla. Derzeit ist sie Begünstigte eines Programms zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger\_innen, die in Kolumbien Opfer von Gewalt sind.

Eine Veranstaltung von:

- Amnesty International – Netzwerk Arbeit, Wirtschaft und soziale Rechte
  - Frauen\*solidarität
  - IGLA
  - Katholische Frauenbewegung Wien
  - LEFÖ
  - ÖGB-weltumspannend arbeiten
  - Referat Genderforschung der Universität Wien
  - WIDE
-

# **NEWSLETTER 2/2021: SDG 1: „Armut“, u.v.m.**

Diesmal mit Recherchematerial zum Nachhaltigkeitsziel 1 „Armut“, einer Vorberichterstattung zu den anstehenden Wahlen in Nicaragua, einem Überblick zu kommenden Wahlen weltweit, Gedenk- und Aktionstagen, sowie Terminen.

## **Kommende Wahlen in Lateinamerika, Asien und Afrika**

24. Okt. Usbekistan: Parlamentswahl und Präsidentschaftswahl

7. Nov. Nicaragua: Parlamentswahl und Präsidentschaftswahl

21. Nov. Chile: Parlamentswahl und Präsidentschaftswahl

28. Nov. Honduras: Parlamentswahl und Präsidentschaftswahl

4. Dez. Gambia: Präsidentschaftswahl

12. Dez. Neukaledonien: Unabhängigkeitsreferendum

24. Dez. Libyen: Parlamentswahl

## **Internationale Gedenk- und Aktionstage**

· 24. Okt.: **Welttag der Vereinten Nationen und der Information über Entwicklungsfragen.** An diesem Tag ist 1945 die Charta der Vereinten Nationen in Kraft getreten. Die Vereinten Nationen sind ein zwischenstaatlicher Zusammenschluss von 192 Staaten, ihre wichtigsten Aufgaben sind die Sicherung des Weltfriedens, die Einhaltung des Völkerrechts, der Schutz der Menschenrechte und die Förderung der internationalen Zusammenarbeit. Der Welttag der Information über Entwicklungsfragen findet seit 1972 auf Beschluss der UN mit dem Ziel statt, die weltweite Aufmerksamkeit auf die Entwicklungsprobleme zu lenken sowie auf die Notwendigkeit der Stärkung internationale

Zusammenarbeit, um diese globalen Ungerechtigkeiten zu lösen.

- 2. Nov.: **Internationaler Tag gegen Straflosigkeit für Verbrechen an JournalistInnen**, 2013 von den Vereinten Nationen im Andenken an zwei in 2013 in Mali getötete JournalistInnen initiiert.

- 15. Nov.: **Writers in Prison Day**, initiiert 1980 durch das 1960 gegründete „Writers in Prison“-Kommittee der Schriftstellervereinigung P.E.N., in dem über 150 Schriftstellerorganisationen aus mehr als 100 Nationen vereinigt sind. An diesem Tag wird an verfolgte, inhaftierte und ermordete SchriftstellerInnen sowie JournalistInnen erinnert.

- 16. Nov.: **Internationaler Tag für Toleranz**. Am 16. November 1995 unterzeichneten 185 Mitgliedsstaaten der UNESCO die Erklärung der Prinzipien zur Toleranz. Seitdem erinnert die UNESCO jährlich an jene Regeln, die ein menschenwürdiges Zusammenleben der unterschiedlichen Kulturen und Religionen ermöglichen.

- 29. Nov.: **Buy Nothing Day**. Der Buy Nothing Day (deutsch: Kauf-Nix-Tag) ist ein konsumkritischer Aktionstag am letzten Freitag im November. Er wird mittlerweile in 80 Ländern – auch in Österreich – organisiert. Er ist die Antwort auf den Black Friday, der in den USA traditionell die Kaufsaison für Weihnachten einleitet.

- 2. Dez.: **Internationaler Tag zur Abschaffung der Sklaverei**, von den Vereinten Nationen zur Abschaffung der Sklaverei initiiert in Erinnerung an die 1949 verabschiedete

Konvention zur Bekämpfung des Menschenhandels und der Ausbeutung von Personen. Weltweit leben immer noch mehr als 20 Millionen Menschen in Sklaverei oder sklavenähnlichen Verhältnissen.

- 2. Dez.: **Internationaler Tag des Ehrenamtes zur Anerkennung und Förderung ehrenamtlichen Engagements.** Der Tag wurde 1985 von den Vereinten Nationen (UN) beschlossen.

- 10. Dez.: **Tag der Menschenrechte.** Seit 1948 wird an diesem Tag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gedacht und von Menschenrechtsorganisationen genutzt, um auf Verletzungen dieser Rechte hinzuweisen.

- 18. Dez.: **Internationaler Tag der MigrantInnen.** 2000 hat die UNO diesen Tag ausgerufen, 1990 wurde die Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Migranten und ihrer Familienangehörigen von der UN-Vollversammlung angenommen.

## **Veranstaltungs-Termine**

### **22. Okt.: Online-Talk: Elektroschrott in Europa und Ghana**

Warum gelangt E-Schrott trotz Verboten nach Ghana? Was bedeutet das für Menschen & Umwelt? Wie kann illegale Verschiffung verhindert werden? Der Umweltjournalist Mike Anane berichtet in diesem Online-Talk von Südwind und ISJE über die aktuellen Entwicklungen in Ghana. Er stellt notwendige politische Lösungsansätze und Regulierungsmaßnahmen zur Diskussion, welche den illegalen Export von Elektroschrott unterbinden und die schädlichen Auswirkungen von elektronischen und elektrischen Geräten am Ende ihrer



Nutzungsdauer reduzieren können.

Mehr Info

**Bis 24. Okt.: Ausstellung World Press Photo 21 in Wien**

Zum 20. Mal präsentiert das WestLicht die wichtigste Leistungsschau der internationalen Pressefotografie.

Mehr Info

**27. Okt.: Online: Global Inequality Talk #6: Gender – SDGs – Österreich**

Was kann Österreich tun, um Geschlechtergleichstellung als eine der zentralen Forderungen der Nachhaltigen Entwicklungsziele weltweit durchzusetzen? Darüber diskutiert um 16 Uhr Henrike Brandstötter (Entwicklungspolitische Sprecherin der NEOS) mit Claudia Thallmayer (Entwicklungspolitisches Netzwerk für Frauenrechte und feministische Perspektiven WIDE).

Nähere Infos & Anmeldung

**29. bis 31. Okt.: WeFair in Linz**

Die Messe für einen nachhaltigen Lebensstil.

Mehr Info

**4. Nov.: Klimakrise befeuert Vertreibung**

Podiumsdiskussion um 19 Uhr mit Adil Najam, Raya Muttarak und Jane Linekar in der Hauptbücherei am Gürtel, Wien.

Die Veranstaltung geht der Frage nach, wie sich die Klimakrise auf Konflikte und Vertreibungen im Globalen Süden auswirken.

Mehr Info

**8. bis 30. Nov.: Entwicklungspolitische Hochschulwochen in Linz und Salzburg**

Entwicklung wohin? Kontinuitäten unterbrechen – Nord-Süd verbinden – Neues verhandeln. Darum geht es bei der Veranstaltungsreihe von Südwind, die heuer erstmals auch in Linz stattfindet.

Programm und Anmeldung für Linz und Salzburg

**16. bis 19. Nov.: YOUKI in Wels**

Im Zentrum steht der Internationale Kurzfilmwettbewerb. Jährlich reichen dazu junge Regisseur\*innen aus aller Welt ihre Filme bei uns ein.

Mehr dazu

**19. bis 21. Nov.: ÖKO FAIR 2021 in Innsbruck**

Bei der dritten Tiroler Nachhaltigkeitsmesse 2021 werden ökofaire Produkt- und Dienstleistungsangebot aus den Bereichen Mode & Textilien, Ernährung, Lifestyle und Tourismus und ein buntes Rahmenangebot präsentiert.

Mehr Info

**Bis 15. März 2022: Ausstellung: Re:present Unlearning Racism im Weltmuseum Wien**

Gezeigt werden die Arbeiten von zwölf Künstler\*innen und Künstlern aus drei Kontinenten, die sich mit Fragen von Rassismus und Identität auseinandersetzen.

Mehr Info

---

# PA Südwind: Ohne verbindliche Regeln für Konzerne droht der Kampf gegen Kinderarbeit zu scheitern

Kinderarbeit steigt erstmals seit 20 Jahren an – Menschenrechtsorganisation Südwind fordert verbindliche Konzernverantwortung in Form eines strengen Lieferkettengesetzes.

Wien, am 10. Juni 2021. Im Vorfeld des Welttags gegen Kinderarbeit verweist die Menschenrechtsorganisation Südwind auf verfehlte Ziele und fordert verbindliche Regeln für Unternehmen und Konzerne. Wie ein neuer UNICEF-Bericht zeigt, steigt die Zahl ausgebeuteter Kinder erstmals seit 20 Jahren auf über 160 Millionen. Rund 70 Millionen Kinder sind von der schlimmsten Form der Kinderarbeit betroffen und arbeiten in Sklaverei oder sklavenähnlichen Abhängigkeiten. Für Südwind sind mangelhafte wirtschaftspolitische Gegenstrategien mitverantwortlich für die verschärfte Lage. „Für Menschenrechtsvergehen muss es harte Strafen setzen. Die freiwillige Selbstverpflichtung von Unternehmen greift viel zu kurz. Auch Österreichs Supermarktregale werden erst dann frei von Ausbeutung und Kinderarbeit sein, wenn Unternehmen für ihre Lieferketten haften müssen“, so Stefan Grasgruber-Kerl, Menschenrechtsexperte bei Südwind. „Die österreichische Bundesregierung muss hier endlich aktiv werden und ein strenges Lieferkettengesetz vorlegen. Die Ausbeutung von Kindern für Genussmittel wie Schokolade darf nicht länger hingenommen werden.“

Der größte Problemsektor im Kampf gegen die weltweite Kinderarbeit ist die Landwirtschaft. Besonders prekär ist etwa die Lage im Kakaoanbau. „Die großen Schokoladekonzerne haben sich schon vor 20 Jahren Ziele selbst vorgegeben, diese wenig später dennoch verwässert und am Ende verfehlt. Gleichzeitig üben internationale Marken oftmals gewaltigen Preisdruck auf die Produzentinnen und Produzenten aus und befeuern damit Missstände wie Kinderarbeit, Hungerlöhne und gesundheitsschädigende Arbeit“, sagt Stefan Grasgruber-Kerl.

Im Jahr 2001 haben die großen Schokolade-Konzerne versprochen, Kinderarbeit bis 2020 um 70 Prozent zu reduzieren. Laut einer Studie der Universität Chicago aus 2020 müssen alleine in der Elfenbeinküste und Ghana immer noch etwa 1,5 Millionen Kinder unter besonders ausbeuterischen Bedingungen arbeiten. Beide Länder sind zusammen für 60 Prozent der globalen Kakaoproduktion verantwortlich und beliefern auch in Österreich namhafte Marken. Für die Kinder bedeutet das in der Regel, dass sie nicht regelmäßig zur Schule gehen können und ihre Gesundheit gefährdet wird durch den Einsatz von Pestiziden, das Hantieren mit scharfen Werkzeugen oder das Tragen schwerer Lasten.

„Damit Konzerne endlich Verantwortung für die Ausbeutung in ihren Lieferketten übernehmen, braucht es ein Gesetz, das eine zivilrechtliche Haftung vorschreibt für möglichst alle Zulieferer von Unternehmen aller Größen“, so Stefan Grasgruber-Kerl. Gemeinsam mit der breiten zivilgesellschaftlichen Allianz *Netzwerk Soziale Verantwortung* macht sich Südwind im Rahmen der Petition „Menschenrechte brauchen Gesetze!“ stark für ein rechtlich bindendes Lieferkettengesetz in Österreich sowie einem strengen Rechtsrahmen für Konzernverantwortung auf EU- und UN Ebene.

**Die Petition „Menschenrechte brauchen Gesetze“ kann**

unterschrieben werden unter: [www.suedwind.at/petition](http://www.suedwind.at/petition)

**Rückfragehinweis:**

Vincent Sufiyan

Kommunikationsleiter Südwind

Tel.: 0650 96 77577

E-Mail: [vincent.sufiyan@suedwind.at](mailto:vincent.sufiyan@suedwind.at)

---

# **Lateinamerika-Kolloquium: „Das Scheitern der progressiven Regierungen am Beispiel der Wahlen in Ecuador“**

Laut Alberto Acosta hat in Ecuador bei den Wahlen im April 2021 nicht einfach die Linke gegen die Rechte verloren. Die Niederlage von Andrés Arauz steht für das Scheitern einer politischen Strömung in Lateinamerika, die vormals auf globales Echo gestoßen hatte: dem sogenannten *Progresismo*. Beispielgebend dafür waren die Partei des früheren Präsidenten Ecuadors, Rafael Correa, aber auch Evo Morales in Bolivien, Hugo Chávez in Venezuela oder Lula da Silva und Dilma Rousseff in Brasilien.

Was ist nun dieser *Progresismo*, der auch in diesem Andenstaat gescheitert ist? Welche Optionen müsste eine erneuerte Linke bieten, um diese komplexe Situation zu überwinden? Welche

Auswirkungen hat dieser politische Erdbeben? Welche Rolle spielen indigene und soziale Bewegungen in diesem Prozess? Der renommierte Ökonom Alberto Acosta analysiert die jüngsten Entwicklungen in Ecuador.

Moderation: **Ulrich Brand**, Forschungsverbund Lateinamerika, Universität Wien

**Mittwoch, 19. Mai 2021, 17:00 Uhr**

Zugangslink zum online-Vortrag (ohne Anmeldung):  
<https://univie.zoom.us/j/93156480983?pwd=WFNJB2Q4dStoVDE5a25BYTBkMjN4QT09>

Meeting-ID: 931 5648 0983

Kenncode: 676240

Der Vortrag findet in deutscher Sprache statt.

**Alberto Acosta** ist einer der führenden Intellektuellen Lateinamerikas, Volkswirt, Ex-Minister für Energie und Bergbau sowie ehemaliger Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung in Ecuador.

**Für Rückfragen:**

**[ingrid.fankhauser@univie.ac.at](mailto:ingrid.fankhauser@univie.ac.at)**

Eine Veranstaltung vom Lateinamerika Institut und dem **Forschungsverbund Lateinamerika der Universität Wien**.

---

# **Online-Workshop: Skills for Green and Just Transitions. The role of Vocational Education and Training for Sustainable Development**

The human capability to learn is widely regarded as one of the most important resources for achieving a sustainable society. Yet, traditional institutions of learning are lagging behind in transmitting such kind of transformative skills. In particular, the role of Vocational Education and Training (VET) is often limited to providing technical skills for greener economies. But will this suffice?

Faced with the climate emergency, there is a need for a radical reimagining of approaches to VET. Common VET practices are still tied to environmentally and socially unsustainable models of growth and work. Often, and particularly in the Global South, they do not correspond to the reality of informal and precarious work many people are faced with.

A radical re-imagining of VET requires an in-depth discussion on what a transition to a greener and just economy will mean at the global level.

The online Workshop will give room to an exchange of expertise and experience between the Global South and North. It will discuss main challenges and possible ways forward.

**Keynotes:**

**Presha Ramsarup:** Skills for green and just transitions. What challenges for VET?

Dr. Presha Ramsarup is Director at the Centre for Researching Education and Labour at University of Witwatersrand in Johannesburg, South Africa. Her research work focuses on Green Skill learning pathways.

**Simon McGrath:** The need to go beyond the VET orthodoxy  
Professor Simon McGrath is UNESCO Chair in International Education and Development at the University of Nottingham and Extraordinary Professor at the University of the Western Cape.

**Date: 20.05. 2021**

**Time: 17:00 – 19:30**

*Convener: ÖFSE – Austrian Foundation for Development Research*

**> Programme (pdf)**

**> Please register at: [registration@oefse.at](mailto:registration@oefse.at)**

After Registration the access code will be sent to you.

---



# EINLADUNG ZUM ONLINE-WEBINAR: GLOBAL INEQUALITY TALK #3

Paulo Freire Zentrum und Partner der Entwicklungstagung laden zu einem Webinar zum Thema Lieferketten-Ungleichheit.

Viele der Waren, die wir tagtäglich konsumieren, stammen nicht aus fairem Handel und fairer Produktion. Billige Angebote in unseren Geschäften sind, ethisch gesehen, teuer erkaufte. Sie überschreiten viele Grenzen – und dies im mehrfachen Sinn. Damit verbinden sie Arbeit-, Produktions- und Lebensverhältnisse in Nord und Süd.

Wer aber ist für die Schattenseiten des globalen Warenhandels verantwortlich? Die im Oktober 2020 von der *Treaty Allianz Österreich* gestartete Kampagne für ein Lieferkettengesetz sieht jene Konzerne, die als Handelsunternehmen den globalen Welthandel abwickeln und kontrollieren, gefordert.

Was den internationalen Warenhandel zu einem Brennspeigel globaler Ungleichheit macht und was von einem Lieferkettengesetz zu erwarten ist, das diskutieren wir beim Global Inequality Talk #3 am 19. Mai 2021!

**Am Podium:** Bettina Rosenberger (Netzwerk Soziale Verantwortung) und Elke Schüßler (Johannes Kepler Universität Linz)

**Moderation:** Gerald Faschingeder (Paulo Freire Zentrum)

**Termin:** Mi., 19. Mai 2021, 16.00 – 16.45 Uhr (45 Minuten)

**Format:** Zoom Webinar; Der Zugangs-Link wird den Angemeldeten kurzfristig zugesendet.

**Sprache:** Deutsch

**Anmeldeschluss:** Mo., 17. Mai 2021, 12.00 Uhr

**Infos:**

<https://entwicklungstagung.at/global-inequality-talk-3-global-e-lieferkettenungleichheit/>

## Über die Speakerinnen:

*Bettina Rosenberger* hat Internationale Entwicklung und Politikwissenschaft in Wien studiert und beschäftigt sich mit sozialen Bewegungen, Gewerkschaftsarbeit und Menschenrechten. Sie ist Koordinatorin der zivilgesellschaftlichen Kampagne „Menschenrechte brauchen Gesetze“. Im Sommer 2019 begann sie für das NeSoVe (Netzwerk Soziale Verantwortung ) zu arbeiten, seit Juni 2020 als Geschäftsführerin dort.

*Elke Schüßler* ist Professorin für Betriebswirtschaftslehre und Vorständin des Instituts für Organisation an der Johannes Kepler Universität Linz. Schüßler hat als von 2016-2019 das „Global Garment Supply Chain Governance“-Projekt geleitet. Sie ist Mitautorin am Buch „Globale Warenketten und ungleiche Entwicklung“ (Hg. Fischer/Reiner/Staritz; Wien 2021).

---

**ONLINE-SYMPIOSIUM: Arbeit und Menschenrechte: Lieferkettengesetze für**

# fairen Wirtschaften

Arbeitsausbeutung in Bereichen wie Erntearbeit oder 24-Stunden-Betreuung ist durch die Corona-Pandemie wieder stärker ins Zentrum öffentlicher Aufmerksamkeit gelangt. Vor allem Arbeitnehmer\*innen in außereuropäischen Zulieferfirmen befinden sich häufig in macht- und rechtlosen Situationen. Besonders dramatisch wird diese Lage, wenn Auftraggeber\*innen Warenbestellungen stornieren und nicht bezahlen und Zulieferbetriebe daraufhin Arbeiter\*innen ohne Entlohnung und Entschädigungen entlassen. Solche Aspekte fallen in den Bereich der **Lieferkettenverantwortung**, deren Verankerung auf nationaler und supranationaler Ebene unter den derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen besonders wichtig ist.

„Die Erfahrung hat leider gezeigt, dass Arbeitsausbeutung bis hin zu schweren Menschenrechtsverletzungen mit arbeitsrechtlichen oder strafrechtlichen Mitteln nicht einmal innerstaatlich wirksam begegnet werden kann. Falls überhaupt Entschädigungszahlungen geleistet werden, erscheinen diese unbedeutend im Vergleich zu den enormen Gewinnen, die Unternehmen durch Ausbeutung von Arbeitnehmerinnen erzielen können.“ stellt Katharina Beclin, Kriminologin an der Universität Wien und Vorsitzende der Plattform gegen Ausbeutung und Menschenhandel fest.

Im Falle von grenzüberschreitenden Lieferketten ist ein rechtliches Anknüpfen an Einzelfällen noch viel schwieriger, da viele Arbeitnehmer\*innen aufgrund existenzieller Abhängigkeiten keine rechtlichen Schritte gegen die Ausbeutung unternehmen können. Eine lückenlose Beweisführung, dass die Profitierenden von der Ausbeutung tatsächlich wussten, wird durch mehrstufige Lieferketten fast unmöglich.

Arbeitsausbeutung ist zum systematischen Bestandteil global organisierter Wertschöpfung geworden, deshalb braucht es gesetzlich verankerte Sorgfaltspflichten im Sinne einer Lieferkettenverantwortung.

Wie diese auf europäischer bzw. innerstaatlicher Ebene umgesetzt werden soll, ist Gegenstand des Online-Symposiums, das von der **Plattform gegen Ausbeutung und Menschenhandel** ([www.gegenmenschhandel.at](http://www.gegenmenschhandel.at)) in Kooperation mit **Südwind** ([www.suedwind.at](http://www.suedwind.at)) und der **Internationalen Organization für Migration (IOM)** am **7. Mai 2021** (<https://austria.iom.int/de/aktuell>) veranstaltet wird.

**Freitag, 7. Mai 2021 via Cisco Webex Events**

**Details & Agenda:** <https://bit.ly/3dKAyM5>

**Anmeldung:** <https://bit.ly/32FYx8T>

Expert\*innen aus EU Kommission, Fachorganisationen, Wirtschaft, Arbeitnehmervertretungen, Politik, Gesetzgebung und Menschenrechtsorganisationen bringen aktuelle Beiträge zum Thema aus ihren Bereichen ein.

Die Plattform gegen Ausbeutung und Menschenhandel ist ein Kooperationsplattform österreichischer NGOs, einer zwischenstaatlichen Organisation und von Expert\*innen, die in der Opferbetreuung und/oder Prävention von Ausbeutung und Menschenhandel tätig sind oder sich mit der Thematik wissenschaftlich befassen. Zu den 16 Mitgliedern zählen beispielsweise die Caritas der Erzdiözese Wien, Herzwirk – eine Initiative der Diakonie, ECPAT Österreich, SDS – Salvatorianer in Österreich und Rumänien und SOLWODI. Assoziierte Teilnehmer\*innen der Plattform sind IOM, LEFÖ-IBF, MEN VIA und das Ludwig Boltzmann Institut für Grund- und

Menschenrechte. Nähere Informationen, etwa zu den Forderungen der Plattform, finden Sie auf unserer Homepage: <http://gegenmenschenhandel.at>.

### **Rückfragehinweis:**

Vincent Sufiyan

Kommunikationsleiter Südwind

E-Mail: [vincent.sufiyan@suedwind.at](mailto:vincent.sufiyan@suedwind.at)

Tel.: 0650 96 77 577

---

# **Online-Diskussion: Initiative für ein Lieferkettengesetz**

Die GRÜNE AKADEMIE und das WELTHAUS der Diözese Graz – Seckau laden zu einer Online-Diskussion mit Expert\*innen, die der Frage nachgehen, wie Konzerne für Menschenrechtsverstöße in ihrer Lieferkette zur Verantwortung gezogen werden können.

### **Referent\*innen:**

- Astrid Rössler, Nationalratsabgeordnete, Mitglied der Initiative Lieferkettengesetz
- Ulrich Brand, Ökonom und Politikwissenschaftler, UNI Wien
- Barbara Coudenhove-Kalergi, Vertreterin der Industriellenvereinigung Stmk

- Gertrude Klaffenböck, Vertreterin von SÜDWIND

**Moderation:**

Ulrike Lunacek, ehem. Vizepräsidentin des EU-Parlaments

**Termin: Montag, 3.05.2021, 18:00 Uhr**

Die Diskussion wird auf YouTube unter folgendem Link übertragen:

<https://www.youtube.com/watch?v=V3VYJ8Re8jw>

**Wer wird bei massiven Verstößen gegen Menschenrechte und Umweltschutz zur Rechenschaft gezogen?**

In Bangladesch geht eine Textilfabrik in Flammen auf, was hunderten Arbeiter\*innen das Leben gekostet hat. In Lateinamerika und in Süd-Ostasien werden für die Palmölproduktion illegal riesige Flächen Regenwald gerodet. Chinas Region Xinjiang lässt Ware für Europa unter Einsatz von Sklaverei und Zwangsarbeit produzieren. Die Gerbereien für die Textilindustrie in Indien verwandeln große Flüsse in stinkende Kloaken und rauben der Bevölkerung das dringend benötigte Wasser.

Konzerne, die davon durch günstigen Einkauf profitieren, delegieren die Verantwortung an ein intransparentes Netz an Sublieferanten. Versuche, Missstände entlang der globalen Lieferketten sanktionierbar zu machen, gibt es seit Jahren. Sie scheiterten stets am Widerstand der Wirtschaft.

**Doch es gibt Bewegung** – in Frankreich, der Schweiz, in Deutschland und in der EU.

So macht die deutsche Bundesregierung ernst. Nach langem Ringen haben sich SPD, CDU und CSU auf ein Lieferkettengesetz geeinigt. Dieses soll im Herbst verabschiedet werden – auch die Europäische Union hat für Sommer ein ähnlich lautendes

Gesetz in Aussicht gestellt.

Für Menschenrechtsorganisationen ist es ein längst überfälliger, wichtiger Schritt. Sie sehen darin aber lediglich einen ersten Kompromiss, weitere Taten müssen folgen.

### **Ein erster Schritt**

Konkret werden deutsche Firmen künftig dazu verpflichtet, bei Lieferanten\*innen im Ausland Menschenrechte durchzusetzen. Das soll Kinder- und Zwangsarbeit zumindest verringern. Zudem müssen Unternehmen stärker auf Umweltstandards achten. Im Fokus sind unter anderem die Lebensmittel-Technik und Textilbranche. Ob Schokolade, Jeans, Laptops oder Teebeutel: Der niedrige Preis allein darf bei der Beschaffung nicht mehr oberste Priorität haben dürfen.

### **Und in Österreich**

Zahlreiche Organisationen und Initiativen der Zivilgesellschaft fordern für Österreich ebenfalls ein Lieferkettengesetz, welches die Großkonzerne zur Einhaltung von ökologischen, sozialen und menschenrechtsorientierten Standards zwingen soll.